

Eine Ministerpräsidentin und drei Ministerpräsidenten setzen ohne Not nicht nur die Zukunft ihrer Bundesländer, sondern auch das Leben von Millionen Menschen und letztlich alles Leben auf der Erde aufs Spiel.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 057/20 – 22.07.20

Eine SPD-Ministerpräsidentin und drei von der CDU, der CSU und den Grünen gestellte Ministerpräsidenten betteln in einem Brief an US-Politiker darum, dass die US-Kriegsdrehscheiben in ihren Bundesländern erhalten bleiben

Am 19.07.20 hat die *Tagesschau* unter der Überschrift "*Länderchefs appellieren an US-Politiker*" u.a. Folgendes berichtet (s. <https://www.tagesschau.de/ausland/us-truppenabzug-bundeslaender-101.html>):

"Die Bundesländer mit US-Militärstandorten haben an einflussreiche US-Senatoren appelliert, die von US-Präsident Trump geplante Truppenreduzierung in Deutschland zu verhindern. Diese würde wichtige Strukturen zerstören.

Die Länderchefs von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen und Bayern wollen den angekündigten Abzug von rund 9.500 US-Soldaten aus Deutschland verhindern. In einem gemeinsamen Brief an 13 Mitglieder des US-Kongresses heißt es, die hier stationierten Soldaten stellen das Rückgrat der US-Präsenz in Europa und der Handlungsfähigkeit der NATO dar.

Die Strukturen seien von Amerikanern und Deutschen über Jahrzehnte miteinander aufgebaut worden. Sie seien die Voraussetzung für einen partnerschaftlichen Beitrag zum Frieden in Europa und der Welt. 'Wir bitten Sie, uns darin zu unterstützen, das Band der Freundschaft nicht zu lösen sondern zu festigen und die US-Präsenz in Deutschland und Europa auch für die Zukunft zu erhalten.'

Unterzeichnet ist der Brief, der dem ARD-Hauptstadtstudio vorliegt, vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann (Grüne), seiner rheinland-pfälzischen Amtskollegin Malu Dreyer (SPD) sowie den Regierungschefs von Hessen und Bayern, Volker Bouffier (CDU) und Markus Söder (CSU). In ihren Ländern sind die US-Militärs stationiert. Zuerst hatten die 'Stuttgarter Zeitung' und die 'Stuttgarter Nachrichten' über den Brief berichtet."

Die Initiative zu dem Brief soll von Baden-Württemberg ausgegangen sein (s. <https://www.sueddeutsche.de/politik/truppen-usa-deutschland-1.4972168>).

Da an der Regierung des Landes Baden-Württemberg (s. <https://www.baden-wuerttemberg.de/de/regierung/landesregierung/>) neben der Partei Die Grünen auch die CDU, an der Regierung des Landes Rheinland-Pfalz (s. <https://www.rlp.de/de/landesregierung/>) neben der SPD auch die Partei Die Grünen und die FDP, an der Regierung des Landes Hessen (s. <https://www.hessen.de/regierung/spitzenpersonal/ueber-die-landesregierung>) neben der CDU auch die Partei Die Grünen und an der Regierung des Landes Bayern (s. <https://www.bayern.de/staatsregierung/>) neben der CSU auch die Freien Wähler beteiligt sind, ist davon auszugehen, dass nicht nur die Regierungschefs, sondern alle ihren jeweiligen Re-

gierungen angehörenden Parteien und Gruppierungen sich dafür einsetzen, dass die 35.000 derzeit in der Bundesrepublik Deutschland stationierten US-Soldaten auf unabsehbare Zeit hier bleiben sollen.

Ist sämtlichen Mandatsträgern, die in den genannten Bundesländern politische Verantwortung tragen, entgangen, dass sie damit die von den US-Streitkräften auch und besonders in ihren deutschen Standorten betriebenen Vorbereitungen für einen Atomkrieg gegen Russland und China unterstützen, den niemand in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern überleben würde – auch sie selbst nicht?

Durch Lektüre der nachfolgend verlinkten LUFTPOST-Ausgaben können sich die Länderchefs, ihre Minister und alle Mitglieder der Parteien, die ihre Regierungen stützen, sehr schnell einen Überblick darüber verschaffen, welcher fatalen Politik sie mit der Forderung nach dem Verbleib aller US-Truppen in ihren jeweiligen Bundesländern im wahrsten Sinne des Wortes "Schützenhilfe" leisten:

http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP20714_291214.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP14117_010917.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP01920_080320.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP02420_180320.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP02520_220320.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP02620_250320.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP02820_010420.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP02920_050420.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP04020_290520.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP04820_260620.pdf

Mit der Initiierung des "Bettelbriefes" hat der "grüne" baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann gleichzeitig alle kriegstreiberischen Aktivitäten der US-Regionalkommandos EUCOM (s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/United_States_European_Command) und AFRICOM (weitere Infos dazu unter https://de.wikipedia.org/wiki/United_States_Africa_Command) in seiner Landeshauptstadt Stuttgart gutgeheißen und damit alle Proteste entwertet, die von Friedensinitiativen seines Bundeslandes (s. <http://www.friedensnetz.de/kontakte.htm>) bisher dagegen vorgebracht wurden.

Der hessische CDU-Ministerpräsident Volker Bouffier hat mit seiner Unterschrift bestätigt, dass er die Kriegsvorbereitungen des Hauptquartiers der U.S. Army Europe (USAREUR, s. https://de.wikipedia.org/wiki/Seventh_United_States_Army) in Wiesbaden und die Abhöraktivitäten der US-Geheimdienste auf dem US-Flugplatz Erbenheim billigt (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP11712_250612.pdf , http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP20912_191212.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP16916_021216.pdf).

Der bayerische CSU-Ministerpräsident Markus Söder hat mit seiner Unterschrift gezeigt, dass er nichts gegen den gesundheitsschädlichen Flugbetrieb und die Kriegsbeteiligung der Kampfhubschrauber der in Ansbach stationierten 12th Combat Aviation Brigade (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP23008_241108.pdf und https://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP02516_220216.pdf) einzuwenden hat, und damit der Bürgerinitiative Etz Langt's (s. <http://www.etz-langts.de/>), die sich auch für die Beseitigung der von der U.S. Army angerichteten Umweltschäden einsetzt, einen Bärenienst erwiesen.

Auch die Ausflüge des in Vilseck stationierten 2nd Cavalry Regiment nach Polen (s. https://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP17317_301017.pdf) und das ständige

Kampftraining von Truppen der USA und anderer Staaten auf den Truppenübungsplätzen Grafenwöhr und Hohenfels (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP14516_241016.pdf) scheinen ihn nicht zu stören.

Die rheinland-pfälzische SPD-Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat mit ihrer Unterschrift den Nachweis dafür geliefert, dass sie die Air Base Ramstein, die wichtigste Kriegsdreh-scheibe der USA (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP14415_060815.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP14917_130917.pdf), das 21st Theater Sustainment Command in Kaiserslautern (s. https://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP10019_060919.pdf), das die US-Streitkräfte in Europa und im Mittleren Osten mit Nachschub aller Art versorgt, den US-Kampffjet-Flugplatz Spangdahlem (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP04118_060418.pdf) und die US-Atombomben auf dem Bundeswehrflugplatz Büchel in der Eifel nicht missen möchte. Gleichzeitig hat sie damit kundgetan, dass ihr die seit Jahren stattfindenden Demonstrationen gegen den über eine Relaisstation auf der Air Base Ramstein geführten US-Drohnenkrieg (s. <https://www.ramstein-kampagne.eu/>) und die vielen Bürgerproteste gegen den infernalischen Fluglärm (s. <http://fluglaerm-kl.de/>) völlig gleichgültig sind.

Die Dame und die drei Herren scheinen außerdem übersehen zu haben, dass überall da, wo in der Vergangenheit US-Truppen abgezogen sind – in Heidelberg, Darmstadt, Bamberg, Schweinfurt, Bad Kreuznach und auf den ehemaligen US-Flugplätzen Bitburg, Hahn, Sembach und Zweibrücken in Rheinland-Pfalz – durch erfolgreiche Konversionsprojekte auf den freigewordenen Großflächen viel mehr Arbeitsplätze entstanden sind, als die US-Streitkräfte vorher zu bieten hatten.

Der unsägliche Bettelbrief der "wenig glorreichen Vier" lässt den versprengten Resten der deutschen Friedensbewegung nur eine Wahl: Sie müssen sich endlich hinter den beiden Forderungen "NATO raus – raus aus der NATO" sammeln (s. <http://www.natoraus.de/>).

<http://www.luftpost-kl.de/>

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern